Verhandlungsschrift

Nr. 2/2016

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Lengau am Freitag, den 22.04.2016.

Sitzungsort: Sitzungssaal des Gemeindeamtes in Salzburger Straße 9

Anwesende:

1. Bürgermeister	Rippl	Erich
2. Vizebürgermeister	Reitmann	Michael
3. Vizebürgermeister	Standl	Franz
4. Gemeindevorstand	Pendelin	Erika
5. Gemeindevorstand	Asen	Erwin
6. Gemeindevorstand	Weber	Michael
7. Gemeindevorstand	Ing. Meindl	Rudolf
8. Gemeinderat	Moser	Friedrich
9. Gemeinderat	Hüttenbrenner	Herbert
10. Gemeinderat	Mayer	Helmut
11. Gemeinderat	Berner-Reitner	Silvia
12. Gemeinderat	Breitfuss	Stefan
13. Gemeinderat	Schinwald	Josef
14. Gemeinderat	Schwenn	Gabriele
15. Gemeinderat	Eidenhammer	Margit
16. Gemeinderat	Vieselthaler	Christian
17. Gemeinderat	Wallner	Johann
18. Gemeinderat	Lugstein	Josef Franz
19. Gemeinderat	Meindl	Sabine Maria
20. Gemeinderat	Reichel	Astrid
21. GR-Ersatzmitglied	Mayer	Nadine (f. GR Blechinger Roswitha)
22. GR-Ersatzmitglied	Apfelthaler	Anton (f. GR Henschel Simone)
23. GR-Ersatzmitglied	Altmann	Anna (f. GR Freinhofer Marc)
24. GR-Ersatzmitglied	Schneidmann	Lukas (f. GR Anzinger Norbert)
25. GR-Ersatzmitglied	Ofenböck	Martin (f. GR Winkelmeier Johann)

Es fehlen:

1. GR Blechinger Roswitha (entschuldigt) – dafür GREM Mayer Nadine
2. GR Henschel Simone (entschuldigt) – dafür GREM Apfelthaler Anton
3. GR Freinhofer Marc (entschuldigt) – dafür GREM Altmann Anna
4. GR Anzinger Norbert (entschuldigt) – dafür GREM Schneidmann Lukas
5. GR Winkelmeier Johann (entschuldigt) – dafür GREM Ofenböck Martin

Der BM stellt fest, dass

- die Sitzung von ihm einberufen wurde,
- die Verständigung hierzu rechtzeitig und schriftlich an alle Mitglieder ergangen ist und der Termin der heutigen Sitzung nicht im Sitzungsplan (§ 45 Abs. 1 O.Ö. GemO 1990) enthalten ist. Die Kundmachung (**ANLAGE 1**) gemäß § 53 Abs. 4 O.ö. GemO 1990 am 08.04.2016 durch Anschlag an der Amtstafel erfolgte,
- die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Beginn der Sitzung: 19.30 Uhr

Der BM weist darauf hin, dass das Sitzungsprotokoll der GR-Sitzung Nr. 1 vom 25.02.2016 bis zur heutigen Sitzung während der Arbeitsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Zum Schriftführer für diese Sitzung wird Herbert Nagl bestimmt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt der BM den Tagesordnungspunkt 11 ab und kündigt eine weitere Beratung an.

Bei der heutigen Sitzung wird folgende Tagesordnung behandelt:

1. Kenntnisnahme des Prüfberichtes des Prüfungsausschusses der Gemeinde Lengau vom 05.04.2016
2. Kenntnisnahme des Beschlusses der o.ö. Landesregierung vom 14.12.2015 über die Änderung der Rückzahlungskonditionen für Darlehen an Gemeinden zum Bau von Abwasserentsorgungsanlagen
3. Änderung des Dienstpostenplanes der Gemeinde Lengau – Schaffung eines Dienstpostens für einen Bauhofarbeiter
4. Änderung der Kindergartenordnung rückwirkend ab 1.1.2016
5. Änderung der Elternbeitragsverordnungen
6. Beschluss zur Durchführung der Sommerbetreuung 2016
7. Entscheidung über die Antragstellung auf Einstufung in Ortsklasse D gemäß § 3 Abs. 3 und 4 Oö. Tourismusgesetz 1990
8. Bestellung eines Radfahrbeauftragten und Bereitstellung von finanziellen Mitteln
9. Fassung eines Grundsatzbeschlusses für die Errichtung von 12 Wohneinheiten und Verkauf der Liegenschaft
10. Entscheidung über den Grundankauf für Straßenverbreiterung Bereich Gasthaus Ledl
11. Entscheidung über einen allfälligen Grundtausch Gemeinde mit Familie Stöllinger
12. Entscheidung über einen allfälligen Grundtausch Gemeinde mit Familie Schinagl Franz
13. Ansuchen des ATSV Schneegattern um Gewährung einer Gemeindeförderung für den Austausch der Flutlichtanlage
14. Grundsatzbeschluss für Sanierung und Erweiterung der Zeugstätte der FF Utzweih-Igelsberg
15. Festlegung des Straßenbauprogrammes 2016

16. Raumordnungsangelegenheiten:

- Änderung Nr. 32: Wieneroiter Franz und Claudia, Utzweih 14, 5211 Friedburg
Teilfläche des Gst.Nr. 961/1 und 962/2, KG Utzweih, im Ausmaß von ca. 800 m² von Grünland auf Dorfgebiet
- Änderung Nr. 36: Gemeinde Lengau, Salzburger Straße 9, 5211 Friedburg (Bauhof)
Teilfläche der Gst.Nr. 78/1, 107, 110/2 und 512/1, KG Friedburg, im Ausmaß von ca. 8.000 m² von Wohngebiet auf MB
- Änderung Nr. 40: INKOBA, 5211 Lengau
Gst.Nr. 2778/4 und 3056/9, KG Lengau, im Ausmaß von ca. 1.500 m² von Grünland auf Betriebsbaugbiet
- Änderung Nr. 41: Huber Bernhard und Enzinger Franz
Gst.Nr. 272, KG Friedburg, im Ausmaß von ca. 3.200 m² von Grünland auf Wohngebiet – Einleitung
- Änderung Nr. 42: ÖBF AG,
Gst.Nr. 523/5, KG Krenwald, im Ausmaß von ca. 6.700 m² von Grünland auf MB – Einleitung
- Änderung Nr. 43: Denk Franz, Mittererb 5, 5211 Friedburg
Gst.Nr. 283/3, KG Krenwald, im Ausmaß von ca. 1.350 m² von Grünland auf Wohngebiet – Einleitung
- Änderung Nr. 44: Hafner Johannes, Alter Markt 63, 5211 Friedburg
Gst.Nr. 259/18 und 259/17, KG Friedburg, im Ausmaß von ca. 2.700 m² von Grünland auf Wohngebiet – Einleitung
- Änderung Nr. 45: Gemeinde Lengau, Salzburger Straße 9, 5211 Friedburg
Gst.Nr. 78/1, KG Friedburg, im Ausmaß von ca. m² von Grünland auf Wohngebiet oder Mischbaugbiet - Einleitung

17. Antrag ÖVP-Fraktion: „Elektromobilität in der Gemeinde Lengau“

18. Antrag GRÜNE-Fraktion auf Distanzierung von nationalistischen, rechtsextremen und radikalpolitischen Organisationen jeglicher Form

19. Antrag GRÜNE-Fraktion auf Beschluss einer Resolution an den o.ö. Landtag: Keine Kürzung bei der Mindestsicherung für anerkannte Flüchtlinge

20. Antrag GRÜNE-Fraktion auf Beschluss einer Resolution an die Bundesregierung: Keine Deckelung der Mindestsicherung für Mehrkind-Familien

21. Nachwahl in Ausschüsse durch SPÖ-Fraktion

22. Allfälliges

TAGESORDNUNG, BERATUNG UND BESCHLÜSSE

1. Kenntnisnahme des Prüfberichtes des Prüfungsausschusses der Gemeinde Lengau vom 05.04.2016

Der Obmann des Prüfungsausschuss Wallner verliest den Bericht über die durchgeführte Kassenprüfung vom 05.04.2016 in Anwesenheit von Herrn Wallner, Herrn Weinberger, Herrn Hager Johann und Frau Eidenhammer Margit und berichtet, dass die Gebarung für in Ordnung befunden wurde. Der BM bedankt sich für die Tätigkeit des Prüfungsausschusses.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

den Kassenprüfungsbericht über die durchgeführte Kassenprüfung vom 05.04.2016 zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

2. Kenntnisnahme des Beschlusses der oö. Landesregierung vom 14.12.2015 über die Änderung der Rückzahlungskonditionen für Darlehen an Gemeinden zum Bau von Abwasserentsorgungsanlagen

Der BM informiert, dass mit Erlass des Amtes der oö. Landesregierung vom 16.02.2016, Zl. IKD-2013-223458/95-Sec (**ANLAGE 2**), welcher den Fraktionen zugegangen ist, darüber informiert, dass die Rückzahlungskonditionen für Darlehen an Gemeinden zum Bau von Abwasserentsorgungsanlagen dahingehend geändert wurden, dass der zins- und tilgungsfreie Zeitraum bis zum 31.12.2021 verlängert wurde.

Der BM stellt den

A n t r a g

den Erlass des Amtes der oö. Landesregierung vom 16.02.2016, Zl. IKD-2013-2234, zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

3. Änderung des Dienstpostenplanes der Gemeinde Lengau – Schaffung eines Dienstpostens für einen Bauhofarbeiter

Der BM gibt bekannt, dass im Gemeindevorstand beschlossen wurde einen zusätzlichen Bauhofarbeiter ab Juli aufzunehmen. Dafür ist der mit dem Voranschlag beschlossene Dienstpostenplan um einen Bauhofarbeiter, GD 23, zu erweitern. Ein diesbezüglicher Entwurf des geänderten Dienstpostenplanes (**ANLAGE 3**) ist den Fraktionen zugegangen.

VBM Standl spricht sich für die Schaffung eines zusätzlichen Dienstpostens aus.
GR Reichel schließt sich dieser Wortmeldung an.

Der BM stellt den

A n t r a g

den, mit dem Voranschlag 2016 genehmigten Dienstpostenplan der Gemeinde Lengau um einen Bauhofarbeiter, GD 23, zu erweitern.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

4. Änderung der Kindergartenordnung rückwirkend ab 1.1.2016

Der BM informiert, dass aufgrund einer Änderung des Umsatzsteuergesetzes die Kindergartenbusbegleitung und der Materialbeitrag mit 13 % anstatt wie bisher mit 10 % zu besteuern sind. Daraus ergibt sich eine Steigerung bei der Busbegleitung von bisher € 9,80 auf € 10,07 und beim Materialbeitrag von bisher € 35,50 auf € 36,47. Den Fraktionen ist eine abgeänderte Form der Kindergartenordnung zugegangen. Der BM schlägt vor die Beträge auf € 10,10 und € 36,50 aufzurunden.

Der BM stellt den

A n t r a g

die Kindergartenordnung entsprechend dem vorliegenden Entwurf (**ANLAGE 4**) zu beschließen und die Busbegleitung mit 10,10 und den Materialbeitrag mit € 36,50 festzusetzen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

5. Änderung der Elternbeitragsverordnungen

Der BM informiert, dass bei den Elternbeitragsverordnungen für den Hort und die Krabbelstube eine Indexanpassung vorzunehmen ist. Ebenso sind auch bei den Gebühren für die Mittagsverpflegung und beim Materialbeitrag Anpassungen aufgrund des geänderten Umsatzsteuergesetzes vorzunehmen. Daraus ergibt sich eine Steigerung bei der Mittagsverpflegung von bisher € 2,50 auf € 2,57 und beim Materialbeitrag von bisher € 3,00 auf € 3,08. Den Fraktionen ist eine abgeänderte Form der Elternbeitragsverordnung für die Krabbelstuben und für den Hort zugegangen. Der BM schlägt vor die Beträge auf € 2,60 und € 3,10 aufzurunden.

Der BM stellt den

A n t r a g

die Elternbeitragsverordnungen für die Krabbelstuben (**ANLAGE 5**) und für den Hort (**ANLAGE 6**) entsprechend den vorliegenden Entwürfen zu beschließen und die Mittagsverpflegung mit 2,60 und den Materialbeitrag mit € 3,10 pro Monat und Kind festzusetzen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

6. Beschluss zur Durchführung der Sommerbetreuung 2016

Der BM verliest den Aktenvermerk des Gemeindeamtes vom 31.03.2016 über die geplante Durchführung der Sommerbetreuung im Kindergarten. Der BM zeigt sich erfreut, dass heuer 18 Kinder für die Sommerbetreuung für zwei Wochen und 14 Kinder für die Sommerbetreuung für drei Wochen angemeldet wurden. Die Betreuung findet an drei Wochen im Kindergarten Lengau statt. Falls angemeldete Kinder nicht die Sommerbetreuung besuchen, ist ein Kostenersatz von € 50,00 pro Woche von den Eltern zu leisten, ebenso ist die Essensanmeldung verbindlich. Der BM sieht darin eine notwendige Unterstützung für die Eltern und ein Beitrag für die „familienfreundliche Gemeinde“.

GV Ing. Meindl führt an, dass dieses Thema auch im Zuge der Gemeindevorstandssitzung besprochen wurde und dass es ev. Probleme mit dem Personal für die Sommerbetreuung geben könnte.

Der AL informiert, dass bereits eine Stellenanzeige auf der Homepage „OÖ Kindernet“ geschaltet wurde.

GV Weber erkundigt sich ob die Sommerbetreuung nicht auch mit bestehendem Personal durchgeführt werden könnte. Der Amtsleiter stellt klar, dass die drei Wochen Sommerbetreuung durch Urlaub während des Kindergartenjahres abgegolten werden müsste. Daher wird auch externes Personal durch das Land unterstützt. Das Interesse an einer Sommerbetreuung ist beim bestehenden Personal nicht sehr groß.

GR Reichel berichtet, dass sie letztes Jahr angeboten hätte die Sommerbetreuung zu übernehmen und merkt an, dass es nur für externes Personal eine Förderung vom Land gibt. In Straßwalchen wurde die Sommerbetreuung durch bestehendes Personal abgedeckt.

Der BM bestätigt die Förderung für externes Personal, darum ist man auch bemüht solches zu finden. Man wird nun bis Mai abwarten und andernfalls eine andere Lösung finden.

GR Eidenhammer schlägt vor die Sommerbetreuung auf mehrere Kindergärtnerinnen aufzuteilen. Sie merkt auch an, dass es für die Kinder besser wäre Betreuerinnen zu haben die sie bereits kennen.

GR Reichel erwidert, dass sowieso ein Großteil der Kinder die Betreuerinnen nicht kennt, da die drei Kindergärten zusammengeschlossen werden. Sie befürwortet nicht jede Woche eine andere Kindergärtnerin zu beschäftigen, da ein ständiger Wechsel für die Kinder anstrengend ist.

VBM Reitmann ruft in Erinnerung, dass in früheren Jahren bei Einsatz von eigenem Personal nur wenige Anmeldungen erfolgten. Seit externes Personal eingesetzt wird stiegen die Anmeldungen.

GREM Ofenböck erkundigt sich ob eine Kooperation mit Nachbargemeinden angedacht wurde. Der BM gibt bekannt, dass aufgrund der Anzahl der Anmeldungen dies nicht hinterfragt wurde.

Der BM stellt den mehrteiligen

A n t r a g

- die Sommerbetreuung von 25.07.2016 - 12.08.2016 im Kindergarten Lengau durchzuführen.
- In dieser Zeit ist kein Bustransport eingerichtet.
- Die Anmeldung ist für den o.a. Zeitraum verbindlich. Bei Nichtteilnahme ohne Vorliegen einer ärztlichen Bestätigung ist ein Kostenersatz in Höhe von € 50,00/pro Woche zu leisten.
- Die Essensanmeldung ist verbindlich und das bereitgestellte Essen ist auf jeden Fall zu bezahlen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

7. Entscheidung über die Antragstellung auf Einstufung in Ortsklasse D gemäß § 3 Abs. 3 und 4 Oö. Tourismusgesetz 1990

Der BM erläutert, dass durch die Übernachtungen im Gasthaus Jägerwirt eine Einstufung in der Ortsklasse C gemäß des oö. Tourismusgesetzes 1990 erfolgte. Gemäß § 3 Abs. 3 oö. Tourismusgesetz kann die Gemeinde entsprechend ihrem Antrag in eine niedrigere Ortsklasse eingestuft werden, wenn eine Gemeinde, deren Nächtigungsintensität der

Grenzwert für die Ortsklasse C erreicht, nur über eine geringe touristische Infrastruktur verfügt.

GV Weber geht davon aus, dass es sich um keine Tourismusübernachtungen sondern um Seminarübernachtungen handelt.

VBM Standl erkundigt sich ob erhoben wird um welche Übernachtungen es sich handelt, was der AL verneint.

GREM Ofenböck erachtet es als überlegenswert dies trotzdem anzudenken. Die Beiträge der Betriebe erachtet er als nicht besonders hoch. Der BM berichtet, dass es bereits eine Zusammenarbeit mit Lochen gegeben hat.

Der BM stellt den

A n t r a g

die Gemeinde Lengau in die Ortsklasse „D“ entsprechend dem öö. Tourismusgesetz einzustufen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

8. Bestellung eines Radfahrbeauftragten und Bereitstellung von finanziellen Mitteln

Der BM gibt bekannt, dass durch den Ausschuss für Umwelt, Energie und Zukunft der Gemeinde Lengau in der Sitzung am 29.02.2016 einstimmig vorgeschlagen wurde Herrn Frank Stys zum Radfahrbeauftragten und ihn zum Fahrradbotschafter zu bestellen.

GR Moser berichtet über zwei durchgeführt Workshops. Dabei wurde vorgeschlagen Herrn Stys als Radfahrbeauftragten zu bestellen. Am 13.04.2016 fand das Radvernetzungstreffen in Linz statt.

Für die Umsetzung verschiedener Maßnahmen schlägt er vor, finanzielle Mittel in Höhe von € 2.000,00 bereitzustellen.

Der BM erklärt, dass er als Fahrradbotschafter nominiert wurde. Weiters befindet er es als wichtig, dass der Radfahrbeauftragte mit den Schulen Kontakt aufnimmt wegen der Radfahrprüfung, Sicherheit etc. Hier wird auch jemand vom Land im Rahmen einer Aktion die Schulen besuchen.

GREM Ofenböck erachtet Herrn Stys als Radfahrbeauftragten gut geeignet, da er ein begeisterter „Alltagsradler“ ist.

VBM Standl ruft die Workshops in Erinnerung, welcher sehr umfangreich waren. Er zeigt sich schockiert darüber, dass es in Städten Kinder mit sechs Jahren gibt, die nicht Rad fahren können. Er kündigt daher Zustimmung an.

VBM Reitmann kündigt ebenso Zustimmung an. Es soll keine Konkurrenz zum SV Lengau oder der Gesunden Gemeinde bzw. Naturfreunde sein.

Der BM informiert, dass es bei älteren Radfahrern vermehrt zu Unfällen mit E-Bikes kommt. Er kündigt dazu Sicherheitsveranstaltungen an.

Der BM stellt den mehrteiligen

A n t r a g

- Herrn Frank Stys als ehrenamtlichen Radfahrbeauftragten der Gemeinde Lengau zu bestellen
- Herrn BM LA Erich Rippl als Fahrradbotschafter der Gemeinde Lengau zu bestellen und
- für die Umsetzung verschiedener Aktivitäten € 2.000,00 an finanziellen Mitteln bereitzustellen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

9. Fassung eines Grundsatzbeschlusses für die Errichtung von 12 Wohneinheiten und Verkauf der Liegenschaft

Der BM ruft in Erinnerung, dass er durch den Sozialausschuss in der Sitzung am 13.04.2016 mit der Suche nach einem Grundstück für die Errichtung von 12 Wohneinheiten durch die GEWOG beauftragt wurde.

Im Zuge des „Jungen Wohnens“ in Lengau und der großen Nachfrage von jungen Menschen wurde durch LH-Stv. Haimbuchner die Unterstützung für die Errichtung von 12 weiteren Wohnungen zugesagt. In Lengau konnte kein geeigneter Grund zu einem akzeptablen Preis gefunden werden. Es wurde nur ein Grund mit lediglich einem Baurecht zu hohen Zinsen angeboten. Schließlich wurde in Friedburg der ehemalige „Moser-Grund“ gefunden. Der BM hat diesbezüglich auch mit der Raumordnung über die Möglichkeit eines Baues gesprochen, auch im Bauausschuss wurde diesbezüglich beraten.

Es gab durch den BM auch schon Vorverhandlungen zu den Preisen, um den jungen Menschen günstige Mieten anbieten zu können.

Vorgeschlagen wird der nordwestliche Teil des gemeindeeigenen Grundstückes 78/1, KG Friedburg, für welchen mit Änderung Nr. 45 der Flächenwidmungsplan auf Wohngebiet bzw. Mischbaugebiet geändert werden soll. Er berichtet, dass es Gespräche mit dem Vorbesitzer Herrn Moser gegeben hat, obwohl Schadenersatzansprüche gemäß ROG im Kaufvertrag ausgeschlossen wurden.

Es soll vorab im Bauausschuss beraten werden um den Vertrag beim nächsten Mal beschließen zu können. Der BM bedankt sich beim Sozialausschuss für die Vorberatung.

Es wird versucht zumindest in der Bauphase eine Durchfahrt über das Grundstück Hagn zu erreichen. Dort befindet sich zurzeit nur eine landwirtschaftliche Zufahrt und kein öffentliches Gut.

GR Schwenn zeigt sich erfreut, dass ein Grundstück gefunden werden konnte, da es sehr viele Anmeldungen gibt. Bezüglich der Zufahrt vertritt sie die Ansicht, dass nach Abschluss der Bauarbeiten die Zufahrt ausreichend ist.

VBM Standl spricht sich ebenfalls für die Errichtung von 12 Wohnungen für junge Bürger aus, da der Bedarf gegeben ist. Bezüglich dem Angebot an Herrn Moser vertritt er ebenfalls die Ansicht, dass kein Ersatz zu leisten wäre. Er findet es trotzdem als fair, dass dieses Angebot gemacht wurde.

GV Weber weist darauf hin, dass die Zufahrt bereits verbessert wurde und hofft, dass im Zuge des Bauhofumbaues weitere Verbesserungen im Kurvenbereich vorgenommen werden. Beim Plan ist ihm aufgefallen, dass nur die Zufahrt zu den Parkplätzen eingezeichnet ist, er schlägt vor einzuzeichnen wie eine Ringstraße aussehen könnte. Er ersucht um Berechnungen wie sich ein verminderter Kaufpreis auf die Mieten auswirkt.

Der BM führt an, dass es sich lediglich um einen Vorschlag beim Preis handelt, am 2. Juni ist Finanzausschuss und vorher soll mit der GEWOG verhandelt werden. Die errechneten € 42.000,00 Veräußerungsgewinn könnten für den Straßenbau verwendet werden.

GREM Ofenböck fordert ein Verkehrskonzept für dieses Grundstück. Die Zufahrt lt. Plan von der GEWOG ist im Moment nicht ideal.

Der BM führt aus, dass kein Konzept machbar ist, wenn es in der Flächenwidmung nicht möglich ist.

GV Ing. Meindl zeigt sich erfreut, dass ein weiterer Bau in der Gemeinde durch LH-Stv. Haimbuchner möglich gemacht wird. Ein Thema wird seiner Ansicht nach die Ringstraße werden. Das Land OÖ wird hier sicher entsprechende Vorgaben machen. Man wird versuchen hier über Verhandlungen etwas zu erreichen. Er sieht einen starken Bedarf gegeben und kann sich vorstellen, dass auch ein drittes Gebäude notwendig wird.

VBM Reitmann spricht sich ebenfalls für dieses Bauvorhaben aus, welches eigentlich Sozialwohnungen sind. Er ist auch der Meinung vorab in der Planung vorzusehen wo die Straße sein könnte um dies dann schnell umsetzen zu können. Er kann sich vorstellen, dass das bestehende Betriebsbaugebiet auf Mischbaugebiet zurückgewidmet wird.

GR Schinwald spricht sich für eine Verlegung des Fußballplatzes aus und auf dieser Fläche Wohnraum zu schaffen. Der BM wäre von diesem Vorschlag begeistert. Leider ist kein geeignetes Grundstück zur Verfügung.

GREM Ofenböck regt an in den Grundsatzbeschluss aufzunehmen das Gebäude an die Nahwärme anzuschließen. Der BM geht davon aus, dass die GEWOG ohnehin in Erwägung zieht.

Der BM stellt den

A n t r a g

einen Grundsatzbeschluss für die Errichtung von 12 Wohnungen durch die GEWOG auf dem nordwestlichen Teil des Grundstückes 78/1, KG Friedburg, zu fassen und eine Teilfläche des Gst.Nr. 78/1 im Ausmaß von

1.700 m ² à ca. € 63,00	€ 107.100,00 (Wohnbau)
und 800 m ² à ca. € 33,00	<u>€ 26.400,00 (Parkplatz)</u>
Gesamt	€ 133,500,00

zu verkaufen.

Die restliche Zufahrt ist durch die GEWOG herzustellen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

10. Entscheidung über den Grundankauf für Straßenverbreiterung Bereich Gasthaus Ledl

Der BM berichtet, dass im Zuge des Brückenbaues zwischen Gasthaus Ledl und der Ortschaft Bach über den Hainbach eine Umleitung über die Alte Römerstraße stattgefunden hat. Dabei wurden aufgrund der geringen Breite des Weges die angrenzenden Wiesen in Mitleidenschaft gezogen. Durch die Familie Ledl wurde eine Grundabtretung für die Verbreiterung der Straße angeboten.

GV Weber erkundigt sich ob es dort derzeit eine Beschränkung gibt und ob der Grund erst mal nur gekauft wird oder ob es gleich eine Verbreiterung der Straße gibt.

Der BM erklärt, dass der Grund vorerst nur gekauft wird und berichtet, dass es am 23.05.2016 Besprechungen mit der ÖBB gibt.

GV Ing. Meindl erläutert, dass aus Budgetmittel derzeit keine Verbreiterung möglich ist und daher lediglich der Grund gesichert werden soll. Er erinnert sich, dass auch mal über eine Schenkung seitens Ledl gesprochen wurde, worauf der BM erklärt, dass dies nur im Zuge einer Asphaltierung eines Streifens bei Fam. Ledl geschehen sollte. Dies ist aber nicht klar definiert und ein unklarer Handel. GV Ing. Meindl meint die Umfahrungsvariante Lengau 2 käme in diesem Bereich zu liegen und es stellt sich die Frage ob diese Verbreiterung noch erforderlich ist. Der BM erachtet den Ankauf auf jeden Fall für sinnvoll.

VBM Standl spricht sich ebenfalls für den Ankauf aus, da die Umfahrung noch nicht feststeht.

GR Reichel weist darauf hin, dass eine Verbreiterung zu höheren Geschwindigkeiten führt und schlägt vor diese Erweiterung als Gehweg zu nutzen.

VBM Reitmann spricht sich für den Ankauf aus, da die Straße wirklich sehr schmal ist.

Der BM stellt den

A n t r a g

Für die Verbreiterung der Alten Römerstraße aus dem Gst.Nr. 1936 ca. 168 m² und aus dem Gst.Nr. 1775 ca. 120 m² zu einem Preis von € 7,50 pro m² abzulösen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

11. Entscheidung über einen allfälligen Grundtausch Gemeinde mit Familie Stöllinger

Der Tagesordnungspunkt wurde vom Bürgermeister vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

12. Entscheidung über einen allfälligen Grundtausch Gemeinde mit Familie Schinagl Franz

Der BM informiert, dass mit der Familie Schinagl ein Grundtausch entlang der Kühbichler Gemeindestraße vereinbart wurde. Dabei würde die Kühbichler Gemeindestraße in der in der Natur vorhandenen Breite plus Bankett eingemessen. Daraus ergibt sich, dass im Bereich der Grundstücke 561, 562 und 563 durch die Familie Schinagl insgesamt 407 m² an das öffentliche Gut abgetreten werden und im Bereich des Gst.Nr. 563, KG Friedburg, 65 m² erhalten. Bei einem Preis von € 7,50 pro m² ergibt sich ein Kaufpreis von € 2.565,00. Der BM erklärt den Grundtausch auch anhand der Pläne durch eine Powerpointpräsentation.

Im Bereich des Wohnhauses Schinagl wurde von Herrn Hammerer im Zuge des Bauplatzverfahrens die Abtretung einer Teilfläche von 97 m² für die Errichtung einer Verbindungsstraße zwischen Schwemmbachstraße und Paracelsusgasse vorgeschrieben. Da diese Straße nicht verwirklicht werden kann ist diese Grundfläche an Herrn Hammerer wieder zu übereignen. Herr Hammerer hat sich bereit erklärt diese Fläche der Gemeinde zum Preis von € 35,00 zur Verfügung zu stellen.

GR Reichel erkundigt sich ob zwischen Paracelsusgasse und Schwemmbachstraße zumindest ein Gehweg errichtet werden kann. Dies wurde durch die Familie Schinagl abgelehnt.

GV Weber bedauert, dass keine Verbindung geschaffen werden konnte. Er zeigt aber auch Verständnis für die Familie Schinagl, welche dort baut und kein Interesse hat, dass ein Gehweg an der Terrasse vorbeiführt. Er regt an die Baustelle neben der Fa. Palfinger einer genaueren Prüfung zu unterziehen, was die Abstände, die Sicht wegen der Holzstöße usw. betrifft. Der BM kündigt eine Weiterleitung an den Sachverständigen und die Naturschutzabteilung an.

GV Ing. Meindl fragt ob der blau markierte Bereich auf dem Plan an Schinagl verkauft wird. Der BM führt an, dass der Grund an Hammerer zurückgegeben wird und sich dieser mit Schinagl dann einig werden muss. Die Rückgabe wird separat beschlossen werden.

Der AL erklärt GR Schinwald nach Anfrage nochmal anhand der Pläne den Verlauf der Grenzen der Kühbichler Straße.

Durch die Familie Schinagl würde für die Verbreiterung der Schwemmbachstraße eine Fläche von 19 m² zum Preis von € 35,00 pro m² zur Verfügung gestellt.
Daraus ergibt sich, dass im Bereich des Gst.Nr. 202/3, KG Friedburg eine Abtretung von 19 m² an das öffentliche Gut erfolgt.

Kühbichler Gemeindestraße:

Abtretung im Kurveninnenbereich an das ÖG: 407 m ² à € 7,50	€ 3.052,50
Zuwachs im Kurvenaußenbereich aus dem ÖG: 65 m ² à € 7,50	- € 487,50
Schwemmbachstraße:	
Abtretung aus Gst.Nr. 202/3 an das ÖG: 19 m ² à € 35,00	€ 665,00
Rückübereignung aus dem ÖG: 97 m ² an Herrn Hammerer	

Der BM stellt den

A n t r a g

Für die Verbreiterung der Kühbichler Gemeindestraße und der Schwemmbachstraße den oben beschriebenen Grundkäufen bzw. Grundtäuschen zuzustimmen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

13. Ansuchen des ATSV Schneegattern um Gewährung einer Gemeindeförderung für den Austausch der Flutlichtanlage

Der BM verliest das Ansuchen des ATSV Schneegattern um finanzielle Unterstützung bei der Sanierung der Flutlichtanlage des ATSV Schneegattern (**ANLAGE 7**) vom 11.03.2016 und berichtet, dass durch den ATSV Schneegattern zwei Angebote eingeholt wurden:

- Fa. Stich € 40.140,72 (incl. MWSt)
- Fa. S 2 € 36.709,44 (incl. MWSt)

Der BM stellt den

A n t r a g

dem ATSV Schneegattern eine Gemeindeförderung für den Austausch der Flutlichtanlage im Ausmaß von 10 % der nachgewiesenen Kosten zu gewähren.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

14. Grundsatzbeschluss für Sanierung und Erweiterung der Zeugstätte der FF Utzweih-Igelsberg

Der BM informiert, dass in der Kommandositzung der FF Utzweih-Igelsberg am 30.06.2015 ein Beschluss für die Sanierung und Erweiterung der Feuerwehrzeugstätte gefasst wurde. Es wurden vom BM ausführliche Gespräche mit den Kommandanten geführt. Weiters gibt es auch einen Termin mit dem Landesrat Podgorschek am 12. Mai. Der nächste Schritt ist die Erstellung eines Raumerfordernisprogrammes und eines Kostendämpfungsverfahrens. Diesbezüglich wird es eine Besichtigung geben um das Sanierungsprogramm des Landes nützen zu können. Die geschätzten Kosten für diese Baumaßnahme belaufen sich laut den vorliegenden Angeboten auf ca. € 291.571,82

VBM Standl spricht sich für die Fassung des Grundsatzbeschlusses aus und verweist auf den baulichen Zustand der Zeugstätte. Er verweist auf den Wert der Feuerwehren für die Gemeinde. Er zeigt sich erfreut über die gute Zusammenarbeit der fünf Gemeindefeuerwehren.

GV Ing. Meindl weist darauf hin, dass unsere Gemeinde an der Landesgrenze liegt und auch einige Mitglieder aus dem Bundesland Salzburg sind und fragt an ob sich auch z. B. das Land Salzburg an Kosten beteiligt, was der BM verneint. Die FF Schneegattern fährt z.B. auch nach Pöndorf oder die FF Friedburg nach Lochen. Nach einer Vorsprache in Lochen bezüglich einer Mitfinanzierung der Reparaturen, beteiligten sich diese damals auch nicht.

VBM Standl erklärt, dass es nur ein Mitglied aus Straßwalchen gibt und wir gut gerüstet sind. Er befindet auch, dass es für Schneegattern wichtig ist ein zweites Fahrzeug zu bekommen.

VBM Reitmann berichtet, dass er bei einer Vollversammlung festgestellt hat, dass das Gebäude sanierungsbedürftig ist. Er weist darauf hin, dass Feuerwehreinsätze auch länderübergreifend durchgeführt werden. Er kündigt Zustimmung an.

Der BM stellt den

A n t r a g

einen Grundsatzbeschluss für die Sanierung und Erweiterung der Zeugstätte der FF Utzweih-Igelsberg zu fassen. Ein Kostendämpfungsverfahren ist einzuleiten und ein Raumerfordernisprogramm anzufordern.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 24 Ja
(GR Meindl Sabine nicht anwesend)

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

15. Festlegung des Straßenbauprogrammes 2016

Der Obmann des Bauausschusses berichtet, dass in der Sitzung des Bauausschusses am 05.04.2016 beschlossen wurde dem Gemeinderat zu empfehlen folgende Straßenstücke in das Straßenbauprogramm 2016 aufzunehmen:

Straßenbezeichnung	Geplante Maßnahme	Geschätzte Kosten
Steinweg	Schotterunterbau	4.837,93
Moosstraße	Straßenverbreiterung	62.305,82
Parkplatz Friedhof Friedburg	Asphaltierung	15.000,00
Aug	Straßenverbreiterung	45.119,05
Utzweih-Kranzinger	Splittung	13.000,00
Hainbachbrücke	Belagsanierung	13.621,16
Hainbachstraße	Belagsanierung GW Schwöll bachabw.	50.000,00
Moser-Krempler-Standl	Schotterunterbau	9.972,49
Kleinarbeiten		25.000,00
	Gesamt	238.856,45

Der BM verliest die Ausgaben der letzten Jahre für das Straßenbauprogramm.

GV Weber vertritt die Ansicht, dass mehr Mittel notwendig wären. Er regt an, die Verbreiterung im Bereich des Österr. Türk. Kulturvereines umzusetzen. Er kündigt trotzdem Zustimmung an. Weiters erkundigt er sich nach dem Parkplatz beim Gasthaus Kastinger. Der AL erwidert, dass es Vorgespräche gab und es hier noch Gesprächsbedarf gibt.

GV Ing. Meindl erklärt, dass man so verblieben ist, dass es vorerst ein Gespräch mit Fam. Kastinger geben wird. Die Retention zwischen Firma Voggenberger und dem Parkplatz wurde schon besprochen.

Der BM stellt den

A n t r a g

das Straßenbauprogramm 2016 entsprechend dem Vorschlag des Bauausschusses festzulegen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 24 Ja
1 Enthaltung (GR Schwenn)

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird mehrheitlich genehmigt.

16. Raumordnungsangelegenheiten:

Änderung Nr. 32: Wieneroiter Franz und Claudia, Utzweih 14, 5211 Friedburg
Teilfläche des Gst.Nr. 961/1 und 962/2, KG Utzweih, im Ausmaß von ca. 800 m² von
Grünland auf Dorfgebiet

Der Obmann des Raumordnungsausschusses informiert, dass in der Sitzung des Ausschusses für Bau-, Straßenbau- und Raumordnungsangelegenheiten am 05.04.2016 beschlossen wurde dem GR zu empfehlen die gegenständliche Fläche von Grünland auf Dorfgebiet umzuwidmen und das ÖEK entsprechend anzupassen. In der Stellungnahme des Landes wurde u.a. fehlende Grundlagenforschung kritisiert. In weiterer Folge hat es ein Gespräch mit Hofrat Sochatzy und Dipl. Ing. Joham gegeben und es konnte ein Konsens erzielt werden in dem man die Kleinkläranlage miteinbezieht und ein entsprechendes Trenngrün ausweisen muss.

Der BM stellt den

A n t r a g

eine Teilfläche der Gst. Nr. 961/1 und 962/2, KG Utzweih, im Ausmaß von ca. 800 m² von Grünland auf Dorfgebiet umzuwidmen und das ÖEK dementsprechend anzupassen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 23 Ja
2 Nein (GRÜNE Fraktion)

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird mehrheitlich genehmigt.

Änderung Nr. 36: Gemeinde Lengau, Salzburger Straße 9, 5211 Friedburg (Bauhof)
Teilfläche der Gst.Nr. 78/1, 107, 110/2 und 512/1, KG Friedburg, im Ausmaß von ca. 8.000 m² von Wohngebiet auf MB

Der Obmann des Raumordnungsausschusses informiert, dass in der Sitzung des Ausschusses für Bau-, Straßenbau- und Raumordnungsangelegenheiten am 05.04.2016 beschlossen wurde dem GR zu empfehlen die gegenständliche Fläche von Grünland bzw. Wohngebiet auf MB umzuwidmen und das ÖEK entsprechend anzupassen. Es wurde bereits am 25.02.2016 beschlossen ein Verfahren zur Änderung einzuleiten und verweist auf eine Stellungnahme von Ing. Poppinger in der die Umwidmung befürwortet wurde.

Der BM stellt den

A n t r a g

eine Teilfläche der Gst. Nr. 78/1, 107, 110/2 und 512/1, KG Friedburg, im Ausmaß von ca. 8.000 m² von Grünland bzw. Wohngebiet auf MB umzuwidmen und das ÖEK dementsprechend anzupassen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

Änderung Nr. 40: INKOBA, 5211 Lengau

Gst.Nr. 2778/4 und 3056/9, KG Lengau, im Ausmaß von ca. 1.500 m² von Grünland auf Betriebsbaugebiet

Der Obmann des Raumordnungsausschusses informiert, dass in der Sitzung des Ausschusses für Bau-, Straßenbau- und Raumordnungsangelegenheiten am 05.04.2016 beschlossen wurde dem GR zu empfehlen die gegenständliche Fläche von Grünland auf Betriebsbaugebiet umzuwidmen. Es wurde bereits am 25.02.2016 beschlossen ein Verfahren einzuleiten und die Firma wurde bereits vorgestellt.

Der BM stellt den

A n t r a g

eine Teilfläche der Gst. Nr. 2778/4 und 3056/9, KG Lengau, im Ausmaß von ca. 1.500 m² von Grünland auf Betriebsgebiet umzuwidmen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

Änderung Nr. 41: Huber Bernhard und Enzinger Franz

Gst.Nr. 272, KG Friedburg, im Ausmaß von ca. 3.200 m² von Grünland auf Wohngebiet – Einleitung

Der Obmann des Raumordnungsausschusses informiert, dass in der Sitzung des Ausschusses für Bau-, Straßenbau- und Raumordnungsangelegenheiten am 05.04.2016 beschlossen wurde dem GR zu empfehlen ein Verfahren zur Umwidmung einer Teilfläche des Gst.Nr. 272, KG Friedburg, im Ausmaß von ca. 3.200 m² von Grünland auf Wohngebiet einzuleiten und das ÖEK entsprechend anzupassen. Er verweist auf den Nahbereich einer Umfahrv Variante von Friedburg und geht von einer negativen Stellungnahme seitens des Landes aus. Es hat Vorprüfungen durch Herrn Königstorfer gegeben, die auch die Retention der Schwemmbachstraße ausgewiesen hat. Herr Bruckmüller möchte eine Sicherheit, dass das Bauland auch zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung steht. Der Sachverständige DI Poppinger hat mitgeteilt, dass es ausreichend ist das ÖEK entsprechend zu ändern.

VBM Standl berichtet, dass Bedenken wegen der straßenmäßigen Zufahrt geäußert wurden.

GR Reichel vermutet, dass hier im Zuge des Baues der LAWOG-Häuser die Straße verbreitert werden soll.

Der BM erläutert, dass von Reihenhäusern gesprochen wurde.

GR Reichel kündigt Ablehnung an, da die Fläche nicht im ÖEK ausgewiesen ist.

Der BM stellt den

A n t r a g

ein Verfahren zur Umwidmung einer Teilfläche des Gst. Nr. 272, KG Friedburg, im Ausmaß von ca. 3.200 m² von Grünland auf Wohngebiet einzuleiten und das ÖEK dementsprechend anzupassen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 23 Ja
1 Nein (GR Reichel)
1 Enthaltung (GREM Ofenböck)

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird mehrheitlich genehmigt.

Änderung Nr. 42: ÖBF AG,
Gst.Nr. 523/5, KG Krenwald, im Ausmaß von ca. 6.700 m² von Grünland auf MB –
Einleitung

Der Obmann des Raumordnungsausschusses informiert, dass in der Sitzung des Ausschusses für Bau-, Straßenbau- und Raumordnungsangelegenheiten am 05.04.2016 beschlossen wurde dem GR zu empfehlen ein Verfahren zur Umwidmung des Gst.Nr. 523/5, KG Krenwald, im Ausmaß von ca. 6.700 m² von Grünland auf MB einzuleiten und das ÖEK entsprechend anzupassen. Er berichtet, dass es sich um die Fa. Hansel handelt, die einen Altbestand in Grünland ausgewiesen hat der nun saniert wird und es soll der reale Zustand hergestellt werden.

Der BM stellt den

A n t r a g

ein Verfahren zur Umwidmung des Gst. Nr. 523/5, KG Krenwald, im Ausmaß von ca. 6.700 m² von Grünland auf MB einzuleiten und das ÖEK dementsprechend anzupassen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

Änderung Nr. 43: Denk Franz, Mittererb 5, 5211 Friedburg
Gst.Nr. 283/3, KG Krenwald, im Ausmaß von ca. 1.350 m² von Grünland auf Wohngebiet –
Einleitung

Der Obmann des Raumordnungsausschusses informiert, dass in der Sitzung des Ausschusses für Bau-, Straßenbau- und Raumordnungsangelegenheiten am 05.04.2016 beschlossen wurde dem GR zu empfehlen die Einleitung eines Verfahrens zur Umwidmung des Gst.Nr. 283/3, KG Krenwald, im Ausmaß von ca. 1.350 m² von Grünland auf Wohngebiet bis zur Vorlage eines Entwässerungskonzeptes zurückzustellen. Es wurde festgestellt, dass hier ein Versickerungsbecken liegt und es immer wieder Probleme mit dem Oberflächenwasser gab.

GREM Ofenböck kündigt Enthaltung an aufgrund der fehlenden Ausweisung im ÖEK. Er weist außerdem auf den Abstand zum Wald hin.

GR Reichel erkundigt sich wie viele Meter das nun sein müssen, wobei GV Ing. Meindl informiert, dass dies erst von der Behörde festgelegt wird.

Der BM stellt den

A n t r a g

ein Verfahren zur Umwidmung des Gst. Nr. 283/3, KG Krenwald, im Ausmaß von ca. 1.350 m² von Grünland auf Wohngebiet bis zur Vorlage eines Entwässerungskonzeptes zurückzustellen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 23 Ja
2 Enthaltungen (GRÜNE)

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird mehrheitlich genehmigt.

Änderung Nr. 44: Hafner Johannes, Alter Markt 63, 5211 Friedburg
Gst.Nr. 259/18 und 259/17, KG Friedburg, im Ausmaß von ca. 2.700 m² von Grünland auf
Wohngebiet – Einleitung

Der Obmann des Raumordnungsausschusses informiert, dass in der Sitzung des Ausschusses für Bau-, Straßenbau- und Raumordnungsangelegenheiten am 05.04.2016 beschlossen wurde dem GR zu empfehlen ein Verfahren zur Umwidmung der Gst.Nr. 259/18 und 259/17, KG Friedburg, im Ausmaß von ca. 2.700 m² von Grünland auf Wohngebiet bis zur Vorlage eines geologischen Gutachtens zurückzustellen. Es wurde im Bauausschuss bereits festgestellt, dass es sich um eine geogene Risikozone handelt. Der Hang ist durch Oberflächenwässer durchtränkt. Wenn die Gemeinde ein Verfahren einleitet und ein Bauland ausweist, hat diese auch die Verantwortung und der Bauwerber kann mit guten Glauben dort bauen. Bei diesem Hang hat es schon einen Bau und ein entsprechendes Gutachten gegeben des damaligen Widmungswerbers. Durch die Umleitungen kann sich nun aber dies anders entwickelt haben, darum das erneute geologische Gutachten.

GR Reichel schließt sich der Forderung nach einem geologischen Gutachten an.

GR Schwenn weist auf die Klärung des Fußweges hin.

Der BM stellt den

A n t r a g

ein Verfahren zur Umwidmung der Gst. Nr. 259/18 und 259/17, KG Friedburg, im Ausmaß von ca. 2.700 m² von Grünland auf Wohngebiet bis zur Vorlage eines geologischen Gutachtens zurückzustellen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

Änderung Nr. 45: Gemeinde Lengau, Salzburger Straße 9, 5211 Friedburg
Gst.Nr. 78/1, KG Friedburg, im Ausmaß von ca. 2.600 m² von Grünland auf Wohngebiet
oder Mischbaugebiet - Einleitung

Der Obmann des Raumordnungsausschusses informiert, dass in der Sitzung des Ausschusses für Bau-, Straßenbau- und Raumordnungsangelegenheiten am 05.04.2016 beschlossen wurde dem GR zu empfehlen ein Verfahren zur Umwidmung einer Teilfläche des Gst.Nr. 78/1, KG Friedburg, im Ausmaß von ca. 2.600 m² von Grünland auf Wohngebiet einzuleiten und das ÖEK entsprechend anzupassen.

Der BM stellt den

A n t r a g

ein Verfahren zur Umwidmung einer Teilfläche des Gst. Nr. 78/1, KG Friedburg, im Ausmaß von ca. 2.600 m² von Grünland auf Wohn- oder Mischbaugebiet einzuleiten und das ÖEK dementsprechend anzupassen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

17. Antrag ÖVP-Fraktion: „Elektromobilität in der Gemeinde Lengau“

GV Weber verliest den Antrag der ÖVP-Fraktion (**ANLAGE 8**) und erläutert dass sich der zuständige Ausschuss mit anderen Angelegenheiten als Fahrradmobilität beschäftigt. Er sieht die Zukunft der Mobilität auch im Bereich der Elektrofahrzeuge. Er regt ein Konzept an für eine Woche mit Einbindung des Autohändlers im Ort.

GV Ing. Meindl erachtet alternative Energien als wichtig. Er bemängelt aber, dass es nur einen Anbieter gibt. Er vermisst eine Elektrotankstelle im Nahbereich. Seiner Ansicht nach, ist es zu früh dieses Thema zu behandeln.

VBM Reitmann vertritt die Ansicht, dass es Möglichkeiten gibt Elektrofahrzeuge zu erwerben und kein Handlungsbedarf für die Gemeinde besteht.

GV Weber findet, dass der Ausschuss kreativ sein sollte, denn es gibt Förderungen wie auch Forderungen und es wird sich in Zukunft viel in diesem Bereich tun und warum sollte man nicht eine ortsansässige Firma damit beauftragen.

GREM Ofenböck befindet es für gut sich damit im Ausschuss zu beschäftigen und verweist auf auslaufende Förderungen durch das Land.

GR Berner-Reiter sieht im Antrag eine „Schleichwerbung“ für einen Gewerbetreibenden.

GV Weber kann sich vorstellen, dass auch andere Anbieter beigezogen werden.

GR Moser sieht einen Missbrauch des Ausschusses und des Gemeinderates für wirtschaftliche Interessen.

VBM Standl vermutet, dass der Antrag positiver beurteilt würde, wenn es sich nicht um die Fa. Voggenberger handeln würde. Es sollte nur ein Beispiel gegeben werden. Er schlägt vor diesen Passus aus dem Antrag herauszunehmen.

Der BM kann sich vorstellen, dass im nächsten Umweltausschuss über Elektromobilität beraten werden kann.

GV Ing. Meindl regt an dies mit einer Baumaßnahme zu verbinden. Wenn man weiß es kommt eine Tankstelle sollte man auch an eine Elektrotankstelle denken und sich dann weiters damit befassen welche Förderungen es gibt. Dies kann zu einem späteren Zeitpunkt geschehen.

GREM Ofenböck informiert, dass derzeit hohe Förderungen für Elektrotankstellen angeboten werden und spricht sich daher für eine Behandlung im Ausschuss aus.

GR Moser informiert, dass es in Köstendorf schon ein ähnliches Konzept gibt, dieses wird er sich im Vorfeld ansehen.

GR Schwenn weist darauf hin, dass Elektroautos auch zu Hause aufgeladen werden können. Sie erachtet daher eine E-Tankstelle als nicht unbedingt erforderlich. Sie sieht den Antrag als Anregung mal Elektroautos auszuprobieren und hält es für Kurzstrecken für sinnvoll.

Der BM erinnert, dass dem Gemeindeamt von der Energie AG schon mal ein Elektroauto zur Verfügung gestellt wurde.

VBM Reitmann spricht sich für eine Abänderung des Antrages aus, dass die Bürger die Unterschiede zwischen Verbrennungsmotor und Elektroauto kennenlernen können. Weitere Diskussionen sollen im Umweltausschuss stattfinden und kann dann dem Gemeinderat vorgelegt werden.

GV Weber schließt sich VBM Reitmann an.

GR Schinwald weist darauf hin, dass bei Auftragsvergaben heimische Anbieter bevorzugt werden sollen.

GR Reichel würde bei einem Ankauf eines Fahrzeuges einen heimischen Anbieter durchaus bevorzugen.

Der BM stellt den

A n t r a g

den Ausschuss für Umwelt, Energie und Zukunft zu beauftragen über die Elektromobilität zu beraten und Details auszuarbeiten.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 19 Ja

6 Enthaltungen (1 SPÖ, 5 FPÖ)

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird mehrheitlich genehmigt.

18. Antrag GRÜNE-Fraktion auf Distanzierung von nationalistischen, rechtsextremen und radikalpolitischen Organisationen jeglicher Form

GREM Ofenböck verliest den Antrag der GRÜNEN-Fraktion (ANLAGE 9) vom 02.04.2016 und erläutert, dass beim Tag der offenen Tür des österr. Türk. Kulturvereines festgestellt werden musste, dass durch diesen Verein Gedankengut vertreten wird, welches der Vergangenheit angehören sollte. Er merkt an, dass ein solcher Verein nicht verboten ist, aber die Gemeinde sollte sich dazu bekennen sich davon zu distanzieren.

Der BM verweist auf die Bestimmungen der Gemeindeordnung und die Möglichkeiten der Gemeinde. Er vertritt die Ansicht, dass diese Angelegenheit nicht Sache des Gemeinderates ist. Sicherheitsfragen sind nicht Aufgabe der Gemeinde sondern des Landesverfassungsschutzes. Er ersucht daher den Antrag zurückzuziehen, da die Zuständigkeit der Gemeinde nicht gegeben ist.

GV Ing. Meindl erkundigt sich wie die Veröffentlichung erfolgen soll.

GREM Ofenböck führt an, dass dies durch die Gemeindezeitung erfolgen soll.

Der BM verweist auf die Aussagen in der letzten BM Info und bittet nochmals den Antrag zurückzuziehen und erinnert, dass es auch kein Programm gibt.

GV Weber sieht die Aufgabe durch die Aussagen des BM in der letzten Ausgabe BM-Info als erfüllt. Er befindet den Antrag als eigenartig. Er sieht die Gesetzeslage als erfüllt. Er hat Herrn Tetik zu einer Sitzung des Kulturausschusses eingeladen. GV Ing. Meindl und GR Reichel waren auch anwesend. Bei dieser Sitzung wurde durch Herrn Tetik Antworten gegeben. Er hat nach der schlecht gelungenen Eröffnungsfeier mit ihm gesprochen und Herr Tetik hat um Hilfe gebeten, in dem GV Weber die Gemeinderäte und Vereinsobmänner zu einem Gespräch beim türk. Kulturverein einladen sollte. Nach Rücksprache mit dem BM und VBM wurde von einer solchen Einladung durch den Ausschuss abgeraten. Er hat ihm angeboten noch einmal im Kulturausschuss am 2.5.2016 über diese Angelegenheit zu reden. Zu dieser werden auch die Gemeinderäte eingeladen.

GR Reichel weist darauf hin, dass der GR die Möglichkeit hat gegen radikale Strömungen Stellung zu beziehen. Dies soll der Bevölkerung zu Gute kommen, damit diese weiß wie man darüber denkt. Der BM verweist auf seine Stellungnahme und an den von allen Gemeinderäten geleisteten Amtseid und sieht hier keinen Bedarf einer Abstimmung.

GREM Ofenböck sieht keinen Anlass den Antrag zurückzuziehen.

VBM Reitmann schlägt vor die Begründung des Antrages wegzulassen. Jede Fraktion kann in ihren Aussendungen darüber weiter kommunizieren.

GV Ing. Meindl merkt an, dass nationalistisch der falsche Ausdruck ist, denn national bedeutet nicht „schlecht“, die Heimat ist die Nation. Der BM verweist nochmals auf den Vorschlag von VBM Reitmann.

VBM Standl berichtet, dass Gemeinderäte bei der Veranstaltung waren. Die Angriffe in den Sozialen Medien waren teilweise sehr heftig. Die Aussage im BM Info ist für ihn ausreichend. Auch er kündigt Zustimmung an, wenn die Begründung weggelassen wird. Auch wenn dies eigentlich für ihn eine Selbstverständlichkeit ist.

Der BM stellt klar, dass dieser Verein keine Förderung durch die Gemeinde erhält.

Der BM stellt den

A n t r a g

zu beschließen, dass sich die Gemeinde Lengau von nationalistischen, rechtsextremen und radikalpolitischen Organisationen jeglicher Form distanziert.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

19. Antrag GRÜNE-Fraktion auf Beschluss einer Resolution an den o.ö. Landtag: Keine Kürzung bei der Mindestsicherung für anerkannte Flüchtlinge

GREM Ofenböck verliest den Antrag der GRÜNEN-Fraktion (**ANLAGE 10**) vom 02.04.2016 und erläutert, dass geplant ist die Mindestsicherung auf ca. € 520,00 zu kürzen. Deshalb soll eine Resolution an den Landtag erfolgen.

GV Weber sieht ein grundsätzliches Problem, dass der Gemeinderat als nicht zuständiges Gremium sich mit Angelegenheiten beschäftigt. Er tritt dafür ein die Entscheidung den zuständigen Gremien zu überlassen.

GV Ing. Meindl sieht den Grund in dieser Maßnahme das Sozialsystem langfristig sicherzustellen. Wirtschaftsflüchtlingen soll man Österreich damit unattraktiv machen. Er sieht keinen Anreiz für einen Mindestsicherungsempfänger einen Lehrberuf anzunehmen, welcher schlechter bezahlt wird.

Der BM kündigt Zustimmung seiner Fraktion an. Er informiert, dass sich unter den Mindestsicherungsbeziehern auch 5.000 Kinder befinden. Er weist darauf hin, dass die Mindestsicherung gekürzt wird, wenn Arbeit nicht angenommen wird.

VBM Reitmann vertritt die Ansicht, dass diese Angelegenheit im Landtag entschieden wird. Den Sinn von Resolutionen sieht er darin, dass der Wille der Bevölkerung nahegebracht wird.

Der BM erklärt, dass es im Landtag schon mehr Resolutionen dieser Art gibt und es wird im Petitionsausschuss über diese auch diskutiert.

GR Reichel sieht in Resolutionen einen Sinn, da teilweise doch in deren Sinn entschieden wird. Man sollte bedenken, dass diese Menschen wenn sie Asyl erhalten ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können.

GR Schinwald stimmt den Aussagen seiner Vorrednerin zu. Trotzdem ist er ein Gegner von Resolutionen und befürchtet einen inflationären Gebrauch dieses Mittels.

BM Rippl sieht den Sinn von derartigen Resolutionen aus den Gemeinden als einen Ausdruck der vorherrschenden Ansichten. Er erinnert an die Resolution von Gemeindestraßen und Güterwegen.

GR Schinwald sieht es dennoch nicht als Aufgabe der Gemeinde den Landtag voranzutreiben.

GREM Ofenböck merkt an, dass der BM im Landtag die SPÖ vertritt und der Gemeinderat die Gemeinde Lengau.

Der BM stellt den

A n t r a g

einer Resolution an den OÖ Landtag: keine Kürzungen bei der Mindestsicherung für anerkannte Flüchtlinge. Der Gemeinderat möge beschließen: die Gemeinde Lengau ersucht den OÖ Landtag im Interesse des sozialen Friedens und als Beitrag zur gelungenen Integration von der Kürzung der Mindestsicherung von Asylberechtigten, sowie subsidiär Asylberechtigten Abstand zu nehmen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 14 Ja (SPÖ und GRÜNE)
5 Nein (FPÖ-Fraktion)
6 Enthaltungen (ÖVP-Fraktion)

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird mehrheitlich genehmigt.

20. Antrag GRÜNE-Fraktion auf Beschluss einer Resolution an die Bundesregierung: Keine Deckelung der Mindestsicherung für Mehrkind-Familien

GREM Ofenböck verliest den Antrag der GRÜNEN-Fraktion (**ANLAGE 11**) vom 02.04.2016 und erläutert, dass Alleinerziehende mit mehreren Kindern wenige Möglichkeiten haben sich dagegen aufzulehnen, Stimmen zu sammeln oder eine Resolution selbst einzubringen.

Der BM stellt den

A n t r a g

der Resolution an die Bundesregierung gegen die Deckelung der Mindestsicherung für Mehrkind-Familien. Die Gemeinde Lengau ersucht die österreichische Bundesregierung im Interesse des sozialen Friedens von einer Deckelung der Mindestsicherung für Mehrkind-Familien Abstand zu nehmen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 11 Ja (SPÖ, GRÜNE)
5 Nein (FPÖ)
6 Enthaltungen (ÖVP)

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird mehrheitlich genehmigt.

21. Nachwahl in Ausschüsse durch SPÖ-Fraktion

Der BM informiert, dass Herr Breidfuss Stefan (**ANLAGE 12**) sein Mandat als Mitglied des Jagdausschusses und Herr Freinhofer Marc (**ANLAGE 13**) sein Mandat als Mitglied des Prüfungsausschusses zurückgelegt haben. Für diese Ausschüsse sind durch die SPÖ-Fraktion aufgrund der vorliegenden Wahlvorschläge (**ANLAGE 14 und 15**) neue Mandatare zu bestellen.

Der BM stellt den

A n t r a g

Herrn Weinberger Herbert als Mitglied des Prüfungsausschusses und Herrn Freinhofer Marc als Ersatzmitglied des Prüfungsausschusses zu bestellen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 12 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

Der BM stellt den

A n t r a g

Herrn Mayer Helmut als Mitglied des Jagdausschusses und Herrn Barth Herbert als Ersatzmitglied des Jagdausschusses zu bestellen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 12 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

22. Allfälliges

Anfragen:

- GR Reichel erkundigt sich über den Stand der Umfahrung Friedburg. Der BM berichtet, dass durch das Land noch keine diesbezügliche Stellungnahme abgegeben wurde.
- GR Schinwald weist darauf hin, dass die Festlegung der Umfahrungsvariante Einfluss auf die Eisenbahnkreuzungen hat.

Berichte des BM:

- Der BM verliest den öffentlichen Brief der GRÜNEN – Fraktion zum Dringlichen Antrag der ÖVP (**ANLAGE 16**). GV Weber sieht in diesem Schreiben einige Unterstellungen und verliest seine Stellungnahme (**ANLAGE 17**) zum Schreiben der GRÜNEN – Fraktion. GV Ing. Meindl weist darauf hin, dass zum Zeitpunkt des Antrages nicht klar war, wer nach Friedburg kommt und verweist auf die aktuelle Medienberichte über junge männliche Asylwerber.
- Der BM verliest das Schreiben des RA Dr. Reinhard Junghuber im Auftrag der Ehegatten Pöckl (**ANLAGE 18**). Der BM kündigt Rechtsmittel dagegen an. GV Ing. Meindl erkundigt sich wie lange die Straße schon besteht. Der AL antwortet, dass die Straße in dieser Form seit dem Kanalbau, welcher 1993 erfolgte, besteht. GV Ing. Meindl meint, es hätte damals schon eingegriffen werden müssen.
- Der BM lädt alle Mitglieder der Wahlkommission ein, um 06.40 Uhr anwesend zu sein.
- Der BM lädt die GR-Mitglieder zum Gemeindeausflug zwischen 16.09. – 18.09.2016 ein. Das genaue Programm wird zugesandt.
- Der Dorferneuerungsverein hat sich bei der letzten Jahreshauptversammlung aufgelöst, da kein neuer Vorstand gefunden wurde.
- Der BM berichtet über die Vorsprache bei LR Entholzer am 05.04.2016. Für den Bauhof wurden € 700.000.— gewährt, für den Ankauf BOKI € 30.000,00 und für das Jahr 2018 € 35.000,00 für 2016/17 für das Straßenbauprogramm € 30.000,00. Für den Motorikpark und Fitnessparcours wurde ebenfalls bereits angesucht. Ein Grundankauf für eine Kindergartenerweiterung wird ebenfalls gefördert, wenn Bedarf festgestellt wird. Der Bedarf wurde bereits beim Land angesucht.
- Der BM informiert, über die Vorsprache bei LR Podgorschek am 12.05.2016 in Linz zwischen 11.00 und 14.00 Uhr und lädt die Fraktionen zur Teilnahme ein.
- Der BM informiert, dass er ein Verfahren zur Umwidmung einer Teilfläche von ca. 12.000 m² im INKOBA-Gebiet gemäß § 36 Abs. 4 oö. ROG einleiten wird, wenn die Kaufzustimmung der Fa. Klein vorliegt. Dadurch können die erforderlichen Planunterlagen erstellt und die Nachbarn und Berechtigten verständigt werden. Ein Beschluss des Gemeinderates ist dann in der nächsten Sitzung am 08.07.2016 zu fassen.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 22.25 Uhr.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 25.02.2016 wurden keine Einwendungen erhoben.

.....
(Vorsitzender)

(Gemeinderat)

.....
(Schriftführer)

(Gemeinderat)

.....
(Gemeinderat)

(Gemeinderat)

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom 08.07.2016 keine Einwendungen erhoben wurde über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde.

Lengau, am 08.07.2016

Der Vorsitzende:

*Nichtzutreffendes streichen

.....